

PRESSEINFORMATION  
Wien, am 27.7.2016

## **Haus und Grundbesitzerbund: Scheinheiligkeit hemmt private Investitionen im Wohnbereich**

Utl: Während die öffentliche Hand mehr als die Hälfte der Mietwohnungen besitzt, werden im Nationalrat weitere, investitionshemmende Belastungen für private Eigentümer verhandelt

„Die Mietervertreter machen es sich zu einfach, wenn sie glauben sie können den privaten Haus- und Grundbesitzern den schwarzen Peter für fehlenden Wohnraum zuschieben“, zeigt sich Dr. Martin Prunbauer, Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes, über die Scheinheiligkeit verärgert. „Noch dazu, wenn man bedenkt, dass mehr als die Hälfte der Mietwohnungen bundesweit im Einflussbereich der öffentlichen Hand stehen“, so Prunbauer.

### **Belastungen der Steuerreform 2016 sollen noch einmal verschärft werden**

Aufgrund der negativen Auswirkungen der letzten Steuerreform ist heuer mit einem beträchtlichen Rückgang der Investitionstätigkeit der privaten Hausbesitzer zu rechnen. Schließlich sind größere Investitionen wie Instandsetzungen seit 1.1.2016 nun auch rückwirkend auf 15 Jahre aufzuteilen, statt wie bisher auf zehn. Die Absetzung für Abnutzung (AfA) wurde reduziert, indem der Abschlag für Grund und Boden von 20% auf 40% verdoppelt wurde oder zum Beispiel die Immobilienertragsteuer um 20 % erhöht wurde, von früher 25 auf nun 30 Prozent. „Wenn sich private Haus- und Grundbesitzer mit derartigen Rahmenbedingungen konfrontiert sehen, ist es nur logisch, dass sie sich mit Investitionen zurückhalten. Wenn gleichzeitig das Damoklesschwert neuer investitionshemmender Belastungen im Raum steht, wird sich dieser Umstand nicht so schnell ändern“, spielt Prunbauer auf die angekündigte Mietrechtsnovelle an.

### **Neuen Problemen kann man nicht mit alten Lösungen begegnen**

Alle wollen mehr Wohnraum schaffen – ob im Neubau oder durch die Attraktivierung bestehender Immobilien. Dazu braucht es jedoch politische Impulse, wie zum Beispiel die Umstellung der jetzigen Objektförderung bei Mietwohnungen, hin zur Subjektförderung der einzelnen Mieter nach ihrer subjektiven Förderungswürdigkeit. „Menschen fördern, anstatt Mauern!“ Damit wäre das derzeitige System bei Gemeindewohnungen nicht nur sozial gerechter als bisher, mit den Mehreinnahmen könnten sowohl im privaten, als auch im öffentlichen Wohnbau wieder Investitionen getätigt werden. Daher appelliert Prunbauer an die neue Bundesregierung: „Wenn man echte Bewegung am Wohnungsmarkt schaffen will, darf man nicht regulieren, man muss deregulieren. Denn auch die heimischen Immobilienbesitzer, Vermieter und Mieter brauchen den vielzitierten New Deal.“

### **Rückfragehinweis:**

#### **Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund**

Lukas Lechner, BA

Pressesprecher (Of Counsel)

A-1010 Wien, Landesgerichtsstraße 6

Mobil: +43 676 3239 645

Email: [lukas.lechner@oehgb.at](mailto:lukas.lechner@oehgb.at)